

Demokratische Gefühle contra völkische Gedanken

– Ambivalenzen des Volksbegriffs seit dem Zeiteinsprung um 1800

Vorbemerkung

Der Titel der Vortragsreihe „Kulturrevolution von rechts“ beschreibt die Strategie der seit dem Ende des Kalten Krieges zunehmende Renationalisierung gesellschaftlicher Diskurse durch Interessengruppen, die wirtschaftliche, politische und lebensweltliche Muster der Industrialisierung gegen ökologische, soziale und kosmopolitische Erneuerung als konservative und funktionstüchtige Deutungsmuster aggressiv verteidigen. Wie alle Konservatismen nutzen sie dabei seit Jahrhunderten vorhandene Begriffs- und Erfahrungswelten von Menschen und deren dadurch bestimmte Sicherheitsbedürfnisse und Ordnungshorizonte. Demokratische Umgangsformen auf persönlicher, staatlicher und zwischenstaatlicher Ebene sind dem gegenüber in die Defensive geraten, weil sie ihre kulturellen Grundlagen und Momente zu wenig artikuliert und gelebt, sondern sich weitgehend auf die Verwaltung von Machbarem innerhalb bestehender Rechtsstrukturen zurückgezogen haben. Es geht mir daher auch um die Frage, was denn demokratische Kultur ist und wie sie sich gegenwärtig äußern sollte in einer Zeit, in der die industrielle Wirtschafts- und Lebenswelt vor fundamentalen Änderungsnotwendigkeiten steht, was den Naturverbrauch angeht. Erneuerung im Umgang mit Dingen und Lebewesen braucht nicht nur neue Denkweisen, sondern auch vorbildhafte Impulse, die im Alltag vieler Menschen Vertrauen aufbauen.

Rebellion äußert sich zur Zeit leider überwiegend in Kränkungsdebatten, die Ohnmachtsgefühle in sich dem Gespräch verschließende Machtnarrative verwandeln, um Diskurshegemonie zu erlangen. Dabei haben Erfahrungen mit social media neben dem darin vorhandenen demokratischen Dialog- und Wissenspotenzial in großem Umfang die Rückseite globalisierter Individualisierung gestärkt, nämlich die Verkürzung von Botschaften ohne deren vorherige Verdichtung und das Buhlen um Aufmerksamkeit als Selbstzweck. Um in der ständigen Beschleunigung der Informationswelt gehört zu werden, wird auf Skandalisierung und Verbotsforderungen gesetzt, also auf Angriff, und versucht, sich dafür affirmative Zustimmung zu sichern. Gegenstimmen, Dialog und Problemlösung werden durch Impulswiederholung ersetzt. Man will gehört werden, aber nicht zuhören. Wer nicht zustimmt, ist ein Feind, der ignoriert oder gar eliminiert werden muss. Durch die bei manchen Menschen hohe bis ausschließliche Verlagerung der Kommunikation auf die digitale Ebene werden Zweifel und Selbstzweifel erschwert, weil Beobachtung und Selbstbeobachtung in Begriffs- und Wortwahl, in Gestik und Mimik reduziert sind. Dafür wäre statt ständiger Beschleunigung temporäre Verlangsamung notwendig, und zwar in realen Begegnungsräumen. Nur bei einem Zurücktreten gegenüber erzählter Erregung kann deutlich werden, dass Beispielgeschichten mehr über unsere Erwartungen sagen als über tatsächliche Ereignisse. Der Volkskundler und Märchenforscher Rolf-Wilhelm Brednich hat in diesem Zusammenhang zahlreiche Bücher zu modernen Sagen veröffentlicht. „Die Protagonisten einer modernen Sage sind meist nicht namentlich bekannt. Oft wird berichtet, die jeweilige Geschichte sei

dem Freund eines glaubwürdigen Bekannten passiert. Daher stammt die englische Bezeichnung „FOAF tales“: „friend of a friend tales“.“ (wikipedia) Es ist durchaus menschlich, sich auf diese Weise zu beweisen, aber es ist dabei notwendig, die Begrenztheit dieses narrativen Verfahrens einzuräumen, auch wenn man nicht gleich zur Verifizierung, bzw. Falsifizierung schreitet. Und es macht Sinn, anders zu erzählen, den Beispielgeschichten andere Beispielgeschichten gegenüberzustellen, sowohl im privaten Gespräch wie im öffentlichen Diskurs. Dazu muss man sich auf Gespräche einlassen, und zwar am besten auch mit Personen, die anderer Meinung sind. Es ist Aufgabe eines demokratischen Staates, solche Kulturräume auf allen Ebenen, also auch lokal und in der Nachbarschaft anzubieten und für einen friedlichen Rahmen zu sorgen.

„Kulturrevolution von rechts“ hat andere Ziele und geht andere Wege. Die „Neue Rechte“ in Deutschland betreibt über Medien wie die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (seit 1986) und das „Institut für Staatspolitik/IfS“ (2000) in Schnellroda und Berlin eine theoretisch am italienischen Marxisten Antonio Gramsci (1891-1937) ausgerichtete Strategie, über Themen im gesellschaftlichen Diskurs eine kulturelle Hegemonie zu erzielen als Vorbereitung einer Machtübernahme. In einem Beitrag der Bundeszentrale für politische Bildung vom 7.7.2016 (abgerufen am 26.9.2022) wird unter dem Titel „Einfluss auf die Köpfe“ einer der Gründer des IfS, Götz Kubitschek, zitiert: „Der Kampf um die Vorherrschaft im eigenen Raum ist ein Kampf, keine Diskussion. Wenn eine Seite die Kraft für die Auseinandersetzung nicht aufbringt, verschwindet sie einfach. Oder mit anderen Worten: Wenn wir Deutsche zu zivilisiert für die Notwendigkeiten des Vorbürgerkriegs bleiben, ist die Auseinandersetzung bereits entschieden.“ Der so genannte „Rechtspopulismus“ der AfD ist nicht nur ein Aktionsfeld der Neuen Rechten, sondern wurde – wie die Beziehungen von Kubitschek zum „Flügel“ um Björn Höcke nahelegen – über die Strategie der kulturellen Hegemonie auch von ihr vorbereitet und mittlerweile weitgehend majorisiert. In Abgrenzung zur „Alten Rechten“ werden Begriffe des demokratischen Diskurses umdefiniert – aus Pluralismus wird Ethnopluralismus, aus Nationalismus das Europa der Nationen – und maskieren damit politische Ziele, die sich am völkischen Nationalismus der Weimarer Republik orientieren, wie Volker Weiß in seinem 2017 erschienenen Buch „Die autoritäre Revolte“ es beschrieben hat. Historisch und politisch mehrdeutige Begriffe wie Volk, Heimat, Nation und Staat werden durch völkische Narrative zu Vereinnahmungen gesucht. Das ging zeitweise sogar soweit, dass versucht wurde, den Begriff „völkisch“ rein zu waschen, wie die ehemalige AfD-Vorsitzende Frauke Petry in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ zu den Parteizielen im Bundestagswahlkampf 2017 es unternahm (welt.de vom 11.9.2016). Blockbildung mit konservativen Milieus und Parteien gehört ebenso zur gramscistischen Strategie der „Neuen Rechten“, wie zuletzt die Wahlen in Italien vom 25.9.2022 mit dem Bündnis der aus dem Neofaschismus hervorgegangenen „Fratelli d'italia“, der „Lega Nord“ und „Forza Italia“ gezeigt hat. Vorbilder für die Umgestaltung von Staat und Gesellschaft nach gewonnenen Wahlen in ein autoritäres System, das zunächst insbesondere Medien und Justiz gleichzuschalten versucht, finden sich in Russland, Polen, Ungarn und der Türkei, aber auch im Trumpismus der Republikaner in den USA.

Dem ist mit Twitter nicht beizukommen, sondern nur mit einem Blick hinter die Kulissen, historisch und gegenwärtig. Mittlerweile gibt es genügend Recherchen zu den propagandistischen Begriffs- und Sprachverwirrungen der Neuen Rechten, die ihre politischen Pläne zur Herrschaft eines homogenen, autoritären und aggressiven Staates verschleiern. Demokratische Kultur muss aber auch auf vielen Ebenen Geschichte und Gegenwart anders erzählen, offensiv in die kulturellen Identitätsdebatten der Zeit einsteigen und Erlebnisräume schaffen, in der statt der Auflösung des Einzelnen in der Gruppe seine Wahrnehmung in einer Impuls-Resonanz-Bewegung eine alltäglich erfahrbare Methode wird.

Thesen zur Ambivalenz des Volksbegriffs

Der Volksbegriff wird in einem Bedeutungsfeld bewegt, zu dem auch Nation, Staat, Heimat und Populusvarianten wie Pop, Popularität und Populismus gehören. Von diesen Begriffen lässt er sich vor allem mit Blick auf den zentralen Begriff der Volkssouveränität abgrenzen, der das Gottesgnadentums als Legitimationsfunktion der Staatsgewalt in der Adelsgesellschaft schritt- bzw. sprungweise in Europa seit den bürgerlichen Revolutionen Ende des 18. Jahrhunderts ablöst. In der Folge entwickeln sich mit dem demokratischen und dem völkischen Volksbegriff zwei konträr beschreibbare Modelle der Volkssouveränität, die sich beide, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise des Naturbegriffs bedienen.

Der demokratische Volksbegriff versteht Freiheit und Gleichheit als Naturrechte des einzelnen Menschen und leitet aus diesem Menschenrecht die Bürgerrechte von demokratischen Staaten ab, die sich in Grundrechten gleichen und nur in ihrer Ausgestaltung historisch-kulturelle Varianten aufweisen. Diese Rechte stehen dem einzelnen Menschen zu. Er nutzt sie in seinen Rollen als Teil von Menschengruppen, um durch Vereinbarungen zwischen den Einzelnen Wirklichkeit zu schaffen, die mit all dem umgeht, was in ihm und um ihn als Möglichkeit vorhanden ist und auf ihn zukommt. Volk entsteht sozusagen immer wieder neu zwischen Menschen durch einen Austausch von Freien und Gleichen, die Verträge miteinander schließen, also in gewisser Weise von unten und auf Augenhöhe. Dabei ist von unterschiedlichen Interessen auszugehen sowie von einem System der Gewaltenteilung auf Basis einer nachhaltigen Verfassung, innerhalb dessen ein Wettbewerb von Produkten, Projekten und Meinungen auf faire Weise stattfinden kann. Der schöpferische Impuls im Prozess der Vereinbarungen ist die zentrale kulturelle Erfahrung demokratischer Gesellschaften. Sein Erleben ist konstitutiv für das Vertrauen in Gegenseitigkeit. Brüderlichkeit wird - trotz durchaus vorhandener männerbündischer Strukturen in Aufklärung und früher Demokratie – mehr als Freundschaft, als Genossenschaft, als gegenseitige Hilfe verstanden denn als Ergebnis von Abstammung.

In seiner Entstehung scheidet der vom Bürgertum propagierte Naturbegriff allerdings die Natur der Dinge und die Natur des Menschen. Wenn Menschen verdinglicht wurden, wie im Sklavenhandel, konnten sie zum Eigentum erklärt werden. Die Parallelität von Naturbeherrschung, insoweit sie dinghaft verstanden wurde, und dem Schutz des Eigentums als zentraler Forderung des Wirtschaftsbürgertums, engte die Universalität der Menschenrechte ein. Neben Freiheit und Gleichheit wurde

Eigentum meist zum dritten zentralen Begriff von Verfassungen. Der oft genannte dritte Begriff der Brüderlichkeit kommt eher selten vor, zumal Bünde in Form früher Gewerkschaften wegen der Priorisierung von Gewerbefreiheit beispielsweise in Frankreich nach 1789 untersagt wurden. Aus der Übertragung des Freiheitsbegriffs auf die Wirtschaft entstand dann auch die weiter verengte Idee einer Konkurrenz um Besitz als Motor der Gesellschaft. Gegen diese Einengungen protestierten und protestieren zu Recht davon Ausgeschlossene wie besitzlose, weibliche und kolonisierte Menschen bis in die Gegenwart, in der es dann auch zu einer ökologischen Kritik an der rigiden Zerteilung von Natur in Mensch und Ding und dem daraus folgenden Anspruch der Naturbeherrschung kam.

Der völkische Volksbegriff versteht Volk als homogene und gleichbleibende Einheit natürlicher Art in der Folge von Abstammung. Er überträgt die Ebene von Familie und Verwandtschaft auf die Ebene größerer Kollektive, reduziert oder eliminiert gar den Einfluss des Einzelnen auf die Gruppe und grenzt die Großgruppen sowohl in nationalstaatlichen als auch in rassistischen Modellen von anderen Kollektiven ab, die als Feinde verstanden werden. Kriegs- und Kriegerbegriff sind für ihn ebenso zentral wie die affirmative Wiederholung von Zugehörigkeit in rituellen Inszenierungen. Deren Notwendigkeit zeigt bereits die Begrenztheit des Modells gegenüber den Bedürfnissen der Einzelnen nach Freiheit.

Dabei wird das den Menschen über Jahrhunderte bekannte Grundmuster der „zwei Körper des Königs“ auf die neue Situation der Volkssouveränität übertragen. Die feudale Ordnung stützt ihre Vertrauensbildung darauf, dass es einen vorübergehenden privaten Körper und einen dauerhaften öffentlichen Körper des Königs gibt. Letzterer wird über die Abstammung der Königsfamilie erneuert, bzw. über das durch die Kirche abgesegnete Gottesgnadentum. „Das Basisparadox besteht darin, dass der Regent als ein, wenn auch herausgehobener Teil der Gesellschaft in seiner Person die Einheit derselben Gesellschaft verkörpert.“ (Koschorke/Lüdemann/Frank/de Mazza (Hrsg.), *Der fiktive Staat. Konstruktionen des politischen Körpers in der Geschichte Europas*, Frankfurt 2007, S. 114) Erst daraus ergibt sich die hohe symbolische Bedeutung der Enthauptung des Königs nach republikanisch orientierten Revolutionen. Das war den Revolutionären auch durchaus bewusst, wie ein Zitat von Georg Wilhelm Böhmer (1761-1839) in der Mainzer Nationalzeitung vom 21. Januar 1793 zur Guillotiniierung des französischen Königs Ludwig XVI. (1754-1793) beweist: „Als Menschen weinen wir Tränen des Mitleids, als Bürger segnen wir den Tag, der uns von diesem verschwornen Feinde unsrer Freiheit befreite und die schon ins vierzehnte Jahrhundert getragenen Fesseln der Königswürde unwiderruflich von uns abstreifte.“ Mensch und Königswürde, privater und öffentlicher Körper des Königs lösen unterschiedliche Gefühle aus und bleiben doch im symbolischen und zugleich realen Akt miteinander verbunden.

Im völkischen Volksbegriff wird diese Struktur der feudalen Ordnung in Form einer charismatischen Führerfigur perpetuiert, die nicht nur aus Gründen der Machterhaltung, sondern auch aus Gründen der Ordnungsgarantie nach Machtergreifung, sei es durch Wahl oder durch Putsch, die Gewaltenteilung entmachtet und versucht, eine Abstammungssukzession aus der eigenen Familie

aufzubauen. Als Familie kann dabei auch eine Partei gelten. Konstitutionelle Monarchien operieren nach 1789 mit dem verwandten Narrativ des Volkskaisers und können daher, wie das wilhelminische Kaiserreich zeigt, leicht in ein völkisches Modell abrutschen. Daher knüpft auch die „Neue Rechte“ gern an Volkskaisererzählungen an wie der von der Wiederkehr der Stauferkaiser aus dem Kyffhäuser. Zudem wird das biologistische Konzept der „zwei Körper des Königs“ auf den Volkskörper übertragen. Völker werden als körperliche Einheiten konstruiert und imaginiert. Das ist der Ursprung rassistischen Denkens. Der einzelne Mensch wird gezwungen, im Volkskörper aufzugehen, dessen Paradox zu ignorieren und sich der autoritären Struktur völkischer Herrschaft widerspruchlos zu unterwerfen, soweit er als zur Abstammungsgemeinschaft gehörig anerkannt wird. Andernfalls ist oder wird er aus der völkischen Gemeinschaft ausgeschlossen. Auch das zeigt deutlich die offensichtlichen Widersprüche dieses Systems der zwei Körper. Der Mangel an Freiheit im völkischen Begriff der Brüderlichkeit, Volksgenossenschaft etc. wird beispielsweise in einem viel erzählten Witz aus der Reihe „Fragen an Radio Eriwan“, einem fiktiven Radiosender in der Sowjetunion, deutlich. Frage: Sind die Russen unsere Brüder oder unsere Freunde? Antwort: Unsere Brüder, Freunde kann man sich aussuchen.

In einer konstitutionell beherrschten Form wurde die feudale Zweikörperlehre beim Tod der Queen sichtbar, in völkisch-aggressiver Form im Zusammenspiel von Putin und dem Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche. Der Unterschied besteht vor allem darin, dass – insbesondere in Großbritannien früh sichtbar – das historisch gewachsene Recht der Ständegesellschaft mit seinen vielfältigen Konsultations- und Abstimmungsverfahren in die Moderne hineinreicht, während in völkischen Staaten diese rechtlichen Korrektive – im Föderalismus des Alten Reiches in Deutschland stark ausgeprägt (u.a. Gerd Althoff, Kontrolle der Macht, Darmstadt 2016) – eliminiert sind. Das macht den Umschwung von einer demokratischen zu einer völkischen Struktur in besonderer Weise autoritär.

Berücksichtigt werden muss bei dieser Analyse auch das Modell ständischer Ordnung im Feudalismus und dessen Weiterbestehen, bzw. Wandlung nach der Bindung der Herrschaftslegitimation an die Volkssouveränität.

1. Stand: Geistliche (Funktion der Religion und der Kultur)
2. Stand: Adel (Funktion des Schutz- und Kriegsherren)
3. Stand: Bürger und Bauern (Funktion der Produktion)

Der dritte Stand denkt, schafft und dominiert die Volkssouveränität, auch wenn es hier unterschiedliche Interessen sozialer Gruppen gibt. Zwar verschwinden erster und zweiter Stand, jedenfalls idealtypisch, aber nicht dessen Funktionen. Sie tauchen mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung wieder auf. Im demokratischen Staat übernehmen Bildung und Kunst die geistliche Funktion. Das wird an der Bedeutung und Ausweitung des Schulwesens sowie der Theaterbauten und Verlagshäuser seit der Aufklärung deutlich. Religion wird zunehmend zum Teil der Kultur. Die Kommunikation zwischen den Einzelnen rückt ins Zentrum der Öffentlichkeit.

Im völkischen Staat übernehmen Führerfiguren und biologistische Konzepte des Volkskörpers die Adelfunktion als Schutz- und Kriegsherr. Bildung und Kunst

werden in den Dienst staatlicher Propaganda gestellt. Diese wird von oben gelenkt, die Kommunikation wird gleichgeschaltet.

Dabei sind allerlei Mischformen zu finden, die im besonderen Fall analysiert werden können.

Demokratische Gefühle und völkische Gedanken

Es gibt selbstverständlich demokratische Gedanken und völkische Gefühle, aber im gewohnten Diskurs sind die Rollen meist umgekehrt verteilt. Die Demokratie wird – auch von ihren Befürwortern und gewählten Amtsträgern – in Deutschland meist emotionslos dargestellt. Nüchternheit und Pragmatismus, der Verweis auf die Strukturen der Gewaltenteilung und ein hölzerner Formalismus im Verwaltungston dominieren die Sprache. Selten wird die Verfassung wörtlich zitiert und ausgelegt. Sie wird vorausgesetzt, ist aber bei den Bürgerinnen und Bürgern weitgehend unbekannt. Demokratie wird mehr als Methode denn als Inhalt vermittelt, angelehnt an die instrumentelle Vernunft der Aufklärung, wie sie sich in der Naturwissenschaft als Weltanschauung etabliert hat.

Der völkisch-autoritäre Nationalismus wird demgegenüber als gedankenlos, dumpf, irrational und gestrig dargestellt, getrieben von kollektivierten Gefühlen der Wut und der Berausung, die in Gewalt umschlagen.

Beides ist keineswegs komplett falsch, aber eben auch einseitig. Die Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur hat in Deutschland seit der Mitte der fünfziger Jahre des letzten Jahrhunderts eine ganze Generation an Wissenschaftlern und Politikern bewogen, sich auf die Nüchternheit auf dem Hintergrund eines wirtschaftlich erfolgreichen, technokratischen Denkens zurückzuziehen. Man suchte so aber nicht nur den Propagandalügen der eigenen Vergangenheit zu begegnen, sondern auch sinndeutenden Narrativen überhaupt auszuweichen. Typisch dafür ist beispielsweise der oft zitierte Satz von Helmut Schmidt, wer Visionen habe, solle zum Arzt gehen. Auch Angela Merkels Lieblingsargument von der Alternativlosigkeit passt in diese historisch bedingte Stellungnahme. Das soll nicht heißen, dass die von dieser Mentalitätsfärbung geprägten Nachkriegsgenerationen keine politischen Ziele gehabt hätten. Es ist auch weniger eine Kritik an deren Politik, sondern mehr an der Einseitigkeit ihres Politikstils.

Der Nationalsozialismus andererseits besaß nicht nur einen gedanklichen Hintergrund und legte besonderen Wert auf die Durchsetzung seiner Weltanschauung, sondern verband die völkische Anknüpfung an Muster und Narrative der feudalen Ständeordnung mit einem Modernisierungsinteresse im technischen Bereich, von der Fahrzeugindustrie über den Straßenbau bis hin zum Radio. Für Ingenieure war es leicht, sich hier einzubringen und die politischen Ziele von Aufrüstung über Propaganda bis zum Völkermord auszublenken. Das galt auch für die Verwaltung. Nicht von ungefähr war das auch die Verteidigungsstrategie von Nazis wie Adolf Eichmann, nicht von ungefähr knüpfte das Nachkriegsdeutschland häufig in den Bereichen von Industrie und Verwaltung bruchlos an. Die NS-Propaganda bezog sich nicht nur auf ältere Narrative und Theorien, sondern sah es auch als notwendig an, vorhandene Begriffe und ihre Deutungsfelder in ihrem Sinne umzudeuten. So wurde das über Jahrhunderte als persönlich verstandene Gewissen in ein völkisches

Gewissen umerzählt, beispielsweise in Himmlers Posener Reden von 1943 vor ranghohen SS-Funktionären. Bei der „Ausrottung des jüdischen Volkes“ gehe es nicht um den Juden als einzelnen Menschen, sondern um ein Volk, das dem deutschen Volk feindlich gegenüberstehe. Der Völkermord sei also eine Aufgabe im höheren Auftrag des eigenen Kollektivs, beschrieben als „Volkskörper“: „Das jüdische Volk wird ausgerottet“, sagt ein jeder Parteigenosse, „ganz klar, steht in unserem Programm, Ausschaltung der Juden, Ausrottung, machen wir.“...Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben, und dabei – abgesehen von menschlichen Ausnahmeschwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht und ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte. Denn wir wissen, wie schwer wir uns taten, wenn wir heute noch in jeder Stadt – bei den Bombenangriffen, bei den Lasten und bei den Entbehrungen des Krieges – noch die Juden als Geheimsaboteure, Agitatoren und Hetzer hätten. Wir würden wahrscheinlich jetzt in das Stadium des Jahres 1916/17 gekommen sein, wenn die Juden noch im deutschen Volkskörper säßen.“ (wikipedia Posener Reden)

Gewissensbisse von Einzelnen, auch von überzeugten Nationalsozialisten und Tätern, sollen so ausgeblendet werden. Der Anstandsbegriff spielt auf eine völkische Moral an, die das Gewissen des Einzelnen leitet. Diese Strategie wurde im NS-Staat bereits früher dann angewendet, wenn bei der Verhaftung von Juden persönliche Fürsprachen eingewendet wurden. (Raphael Gross, Anständig geblieben. Nationalsozialistische Moral, Frankfurt 2010)

Fazit: Es gibt nicht nur demokratische Gedanken, sondern auch demokratische Gefühle. Und es gibt nicht nur völkische Gefühle, sondern auch völkische Gedanken.

Ein sprachliches Begriffsbild dafür lässt sich über die Zu- und Anordnung der Personalpronomen deutlich machen.

Demokratisch: Das Wir entsteht aus Ich und Du in einem freien Raum, das Wir hat Interesse am Ihr.

Völkisch: Ich und Du sind abgeleitet aus dem Wir in einem geschlossenen Raum, das Wir steht in Feindschaft zum Ihr.

Demokratische Gefühle

Die Begeisterung, der Enthusiasmus demokratischen Gefühls für die Person des Menschen zeigt sich beispielsweise in einem Artikel Ludwig Bambergers vom 16. März 1848: „Wir haben die Freiheit der Presse, das ist im skrupulösen Sinne des Wortes die Möglichkeit, durch den Druck jede Meinung auszusprechen, deren Veröffentlichung kein besonderes Gesetz verbietet. Aber wir haben noch mehr als das, wir haben die Freiheit des Moments! Zuckend liegt die alte Welt im Sterben, ein neu Geschlecht stürmt über ihre Leiche, und aus dem Schoß der ringsum bebenden Erde schlägt hoch zum Himmel auf der entfesselte Geist der Menschheit. Halb wach von ihrer Träume Lager aufgesprungen stehen in dem wilden Schöpfungschaos verlegen zitternd die zwerghaften Gewalten, welche schlafend die scheinote Welt hüteten. Jugend, deine Zeit ist da!...Das ist nicht bloß der Augenblick, die Freiheit

nach dem Geiste zu gebrauchen, es ist der Augenblick, die Gesetze der Freiheit zu machen.“ (Ludwig Bamberger, Politische Schriften von 1848 bis 1868, Berlin 1895, S. 7/8)

Menschenrecht wird nicht als Rechts- und Begriffsformel des politischen Diskurses erfahren, sondern als elementare Erfahrung der eigenen Person als Mensch in Situationen, in denen dem Einzelnen das Menschsein abgesprochen wurde. Diese Erfahrung wird gespiegelt im anderen Menschen, was Empathie und Respekt sowohl voraussetzt als auch zur Folge hat. Diese Erfahrung, die als biografischer Aufbruch oder literarisch als politischer Frühling beschrieben wird, muss sich erneuern können, wenn sie als wahr erlebt werden soll, auch in alltäglichen Zeiten und nicht nur in historischen Wendesituationen. Freie Rede wird als zentral empfunden. Damit ist aber nicht die Absonderung von Stimmungen gemeint und auch nicht die Durchsetzung von Interessen, wie wohl die freie Rede sowohl emotional ist als auch Interessen formuliert. Sie verfolgt das Ziel der Vermittlung von Standpunkten und ist bereit, der Gegenrede zuzuhören, um einen Meinungsprozess durch Impuls und Resonanz in Gang zu setzen. Daher funktioniert sie am besten von Auge zu Auge, von Mensch zu Mensch im gegenseitigen Angesicht. Man sieht das Menschsein, wenn man einem anderen Menschen in die Augen schaut, und man kann das auch, wenn man keine zerstörerischen Absichten verbergen muss. Schaut man von oben herab, ignoriert man das Leuchten in den Augen des Gegenübers. Gleiche Augenhöhe wird ausgeschlossen, der Blick wird domestiziert. Nicht von ungefähr gehört dazu Aufrichtigkeit, die aus einer der evolutionären Grunderfahrungen des Menschen entsteht, der aufrechten Haltung, bzw. dem aufrechten Gang. Nur wenn das Aufrechte auch im Anderen erwartet und anerkannt wird, entsteht Menschenrecht. Das Gefühl eines solchen Raumes ist Freude an der Begegnung, an Gespräch, Spiel und Improvisation. Es ist ein Auftrag der Kunst, solche Räume immer wieder zur Verfügung zu stellen. Es ist der Auftrag der Politik, solche notwendigerweise friedlichen Räume zu ermöglichen und zu schützen. Das Bürgerrecht auf freie Rede – und daraus abgeleitet Meinungsfreiheit, Gewissensfreiheit, Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit – leitet sich aus diesem Menschenrecht ab. Es ist offensichtlich, dass affirmative Meinungsbestätigungen, wie sie in Hass-Communities oder in Verschwörungstheorien zelebriert werden, oft ohne Gegenüber, sei es analog oder digital, nichts mit freier Rede zu tun haben, sondern mit Herrschaft, Machteroberung und Gewalt.

In „Prinzip Hoffnung“ beschreibt Ernst Bloch das „Noch-Nicht-Bewusstsein“ als „Bewusstseinsweise eines Anrückenden“. Das Subjekt wittert „hier keinen Kellergeruch, sondern Morgenluft. Alle frische Kraft hat dies Neue notwendig in sich, bewegt sich darauf hin. Seine besten Orte sind: die Jugend, die Zeiten, die im Begriff sind, sich zu wenden, die schöpferische Hervorbringung.“ (Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung. Erster Band, 4. Auflage Frankfurt 1977, S. 132) Dieses „Noch-Nicht-Bewusstsein“ macht menschliche Begegnung aus. Es kommt daher mit all dem bisherigen Wissen, Träumen, Erzählen, Vergessen, der Herkunft also, daher und ist bereit, in der Begegnung gemeinsam Zukunft zu gestalten, ob als pragmatische Problemlösung oder als gesellschaftlicher Entwurf. Dazu gehört auch die Gestaltung des souveränen Volkes und der Völkerwelt.

Frieden ist dafür eine situativ optimale Voraussetzung, Kriegssituationen brechen Freiheit und Gleichheit gewaltsam auf und bringen das Zwischenmenschliche in eine Schieflage, und zwar auch dann, wenn Freiheit und Gleichheit notwendigerweise verteidigt werden müssen. Das Völkerrecht sucht in der Haager Landkriegsordnung von 1899 und ihren Weiterentwicklungen sowie im Genfer Abkommen von 1949 für den Schutz von Personen, die nicht oder nicht mehr an Kampfhandlungen teilnehmen, und seinen Weiterentwicklungen einen Handlungsrahmen zu beschreiben und durchzusetzen. Das ist nicht nur politisch schwierig gegenüber autoritären Staaten, die diesen Rahmen nicht anerkennen, sondern bedeutet auch für defensive Kriegsführung eine Belastung gegenüber dem Aggressor, die nicht leicht zu bewältigen ist. Das ist auch bei zivilem oder gewaltfreiem Widerstand eine schwer zu lösende Aufgabe. Die Schieflage zwischen den Beteiligten, die demokratische Grundsätze von Menschlichkeit immer wieder in Frage stellt oder sogar bewusst aufhebt, reduziert die gegenseitige Wahrnehmung und macht es auch nach einem Ende der Gewalt notwendig, dass die Verletzungen nicht nur rechtlich, sondern auch persönlich und historisch über einen langen Zeitraum aufgearbeitet werden müssen.

Daher ist es gut nachvollziehbar, dass es eine literarische Tradition gibt, die dem männlichen Kriegerkult weibliche Zivilität als politisches Modell gegenüberstellt. So veröffentlichte der reformierte Alzeier Pfarrer und Satireautor Johann Konrad Schiede (1760-1826) im Jahr 1816 das Buch „Gynaikokratie oder die Regierung der Frauen und Jungfrauen als einziges Rettungsmittel der Welt“. Er spricht sich für Gynaikokratie (Frauenherrschaft) statt Androkratie (Männerherrschaft) aus, weil Regieren „eine stärkere geistige, aber keine stärkere physische Kraft“ erfordere: „Wäre es der Wille der Natur gewesen, dass nur überwiegend Körperkraft ein Privilegium zum Regieren und Herrschen seyn sollte, so wäre der Elephant, das Roß, der Tiger, der Ochs etc. Herr über die schwächeren Menschen.“ Die Natur vertraue der Frau das Leben an (Geburt), die Frauen leisteten wichtige Arbeit in Haushalt und Erziehung und sie wirkten besänftigend. Der Bienenstaat und seine Königin seien ein gutes Beispiel für soziale Kooperation. Magister Philogyn fasst zusammen: „Nur unter der Oberherrschaft des schönen sanfteren und eben wegen seiner freundlichen Sanftheit auch weiseren Geschlechts kann allein Menschenglück aufblühen und gedeihen.“ (S. 18) Ende 2020 erschien in der edition.fotoTAPETA ein Buch zum Hintergrund der Ereignisse in Belarus mit dem Untertitel „Das weibliche Gesicht der Revolution“, das die politische Widerstandsbewegung narrativ begleitet und erklärt. Es enthält ausschließlich Beiträge von Frauen. „Belarus – jana maja. Belarus ist weiblich.“ Mit dieser Plakatlosung leitet die Kulturwissenschaftlerin Marina Scharlaj ihren Beitrag zu „Belarus als Frau und die Frauen von Belarus“ ein. Die verspätete Identitätsbildung des Landes sei bereits mehrfach mit der langjährigen „Unsichtbarkeit von Frauen in gesellschaftspolitischen Diskursen“ in Beziehung gesetzt worden. Daher lade das „Femininum Belarus...geradezu dazu ein, es als eine Frau zu personalisieren. In das nationale Leidensnarrativ passt etwa die Allegorie einer Frau und Mutter, die immer wieder fremdgeht oder misshandelt wird.“ (S. 36/37) Lukaschenko inszeniere sich dagegen als „Vater der Nation“. Auch das habe den Gegenentwurf des von Frauen geprägten Demokratieaufstandes provoziert: „Ihr

Aufstand ist eine Auflehnung gegen Lukaschenkos Patriarchat, in dem Frauen dazu bestimmt sind, Kinder zu gebären und in der Küche am Herd zu sein. Ihr Aufstand steht aber auch für das Erwachen der Nation – einer vermeintlich schwachen Frau, die ihre eigene Courage neu entdeckt.“ (S.38/39). Auch die argentinische Initiative Madres de Plaza de Mayo („Mütter des Platzes der Mairevolution“) gehört in diese Reihe. Hier organisierten sich Frauen, deren Kinder unter der von 1976 bis 1983 machthabenden Militärdiktatur unter zunächst ungeklärten Umständen „verschwanden“. „Während der Militärdiktatur konzentrierte sich ihr Protest zunächst darauf, die Freilassung von Verhafteten oder Informationen über deren Verbleib einzufordern. Danach setzten sich die Madres de Plaza de Mayo für eine strafrechtliche Aufarbeitung der in der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen ein und engagierten sich zudem für ein Gedenken an die Opfer.“ (wikipedia)

Zum „Noch-Nicht-Bewusstsein“ gehört auch das Interesse am Kennenlernen anderer Kulturen. Bei diesem hermeneutischen Prozess sind Formen kultureller Aneignung einerseits unvermeidlich, zumal sie – unabhängig von der Herrschaftssituation - immer zu neuen Mischformen führen, denen es manchmal sogar gelingt, die autoritäre Seite subversiv zu verändern, wie es beispielsweise die afroamerikanische Musik gezeigt hat. Andererseits bedeutet das „Noch-Nicht“ aber auch, dass nicht nur Verletzungen der Menschenwürde in solchen Prozessen aufgearbeitet werden müssen, sondern entstandene kulturelle Muster auch neu bewertet und gestaltet werden können und sollen. Erfahrungsgemäß sind vorhandene Bilder und Narrative immer mehrdeutig und ambivalent. Recherchen, Gespräche und neues Kennenlernen sind daher hilfreicher als Verbotsforderungen und Sprachreinigungen. Letztere können am Ende von Verständigungsprozessen stehen, am Anfang dienen sie lediglich der Provokation und führen ohne Bearbeitungsbereitschaft und dafür zu schaffende Räume nicht nur zu Abwehr und Spaltung in der Gesellschaft, sondern auch zu gefährlichem Stillstand. Auch hier muss das Tempo verlangsamt werden, ohne das Thema ins Vergessen zu drängen. Diese Anstrengung wird in Zeiten der Beschleunigung – auch in den Medien und ihren Aufmerksamkeitsritualen – oft unterlassen, eine unter demokratischer Perspektive ungeeignete Form von Neuigkeit.

Zu einer demokratischen Kultur gehört auch, dass Körperlichkeit und Emotion in gegenseitiger Freiheit wirklich werden. Sowohl emotional als auch erst recht körperlich steht dem jede Form von Überwältigung entgegen. Das meint nicht, dass jemand eine Impression überwältigend findet, da es dann ja in seiner/ihrer eigenen Entscheidung liegt, wie er/sie damit umgeht. Es meint die Überwältigung eines/einer Anderen, bzw. der Anderen mit dem Ziel, dessen/deren eigene Impulse zu unterbinden. Man muss einwilligen, man muss Nein sagen können, man muss eine Einwilligung auch widerrufen können, ohne irgendeine Form von Gewalt befürchten zu müssen. Es geht also um körperliche und emotionale Unversehrtheit. Autoritäre Systeme befürworten Gleichheit nicht im Sinn von gegenseitigem Respekt, bzw. von gleichen Rechten, sondern von Gleichförmigkeit, Gleichschaltung, Gleichschritt, einer roboterartigen Uniformität. Deshalb inszenieren sie gerne Massenaufmärsche, die durch schiere Größe beeindrucken und den Teilnehmenden sowie den

Zuschauenden ein Gefühl von Größe vorgaukeln, das sie als Einzelne nicht haben. Man könnte von inszeniertem und gesteuertem Größenwahn sprechen. Statt natürlicher Formen, bei denen sich trotz Grundmustern immer wieder etwas im Detail verändert, bzw. verändern kann, werden geometrische Formen bevorzugt, die beliebig wiederholbar sind und zur Mineralisierung oder Versteinerung führen. Das entspricht Abläufen industrieller Produktion in ihrer basalen Form, wie sie Ende des 19. Jahrhunderts entstanden ist. Auch deshalb passen Gleichschritt, Größenwahn, autoritäre Lenkung, Industriekultur und Versorgung durch den Nationalstaat gut zusammen. Künstlerische Modelle des Spiels, des Versuchs in einem Vertrauensverhältnis von Gegenseitigkeit, oder auch komplexe Denkmodelle wie in ökologischen Zusammenhängen von Biotopen werden bestenfalls in die Freizeit verbannt und als subjektiv, beliebig, unterhaltsam und ideologisch denunziert. „Der Mensch spielt nur, wo er in voller Bedeutung des Worts Mensch ist, und er ist nur da ganz Mensch, wo er spielt“, heißt es in Friedrich Schillers Essay „Über die ästhetische Erziehung des Menschen“ aus dem Jahr 1795. Die historische Ohnmachtserfahrung einer auf einer solchen Ästhetik aufgebauten Politik, bzw. deren reale Begrenztheit auf pädagogische Provinzen kleiner Staaten, haben dazu geführt, die ästhetische und damit die kulturelle Dimension von Politik als ungeeignet für praktisches Handeln abzuwerten. Ein Beispiel dafür ist der Mainzer Koadjutor in Erfurt und spätere Erzbischof Karl Theodor von Dalberg (1744-1817), der „Ästhetik als Kern der Kosmologie“ verstand (Kapitelüberschrift bei Martin A. Völker, Raumphantasien, narrative Ganzheit und Identität, Hannover 2006). Das hatte auch Auswirkungen auf die Gesellschaft, mithin die Politik in einem Staat. Aufklärung sei immer auch die Hoffnung, dass durch die Anwendung der Gesetze des Universums in Wissenschaft und Künsten alles schöner werde. Das Wesentliche aller Wirkungen des Schönheitsgefühls „besteht darin: dass durch edle Thaten der Menschen, durch ihre Geistes- und Kunstwerke, die Menschheit gewinnt, und die Welt schöner und besser wird.“ Martin A. Völker stellt Dalbergs und Schillers Staatsästhetik einander gegenüber: „Dalbergs Staat stellt Schönheit als reibungslose wie weltkluge Gestaltung der politischen Abläufe, welchen der Bürger teilhaftig werden soll, her. Schillers ästhetischer Staat ist dagegen dem Menschen nicht übergeordnet. Der Mensch ist Träger des ästhetischen Staates und nicht gewillt, seine Intaktheit einer ominösen äußerlichen Schönheit, die ihn in seiner Ganzheit und Individualität marginalisierte, abzuschwören.“ (Völker, S. 199) Von Karl Theodors stammen Schriften wie „Perikles: Über den Einfluss der schönen Künste auf das öffentliche Glück“ von 1806 und „Grundzüge der Ästhetik, deren Anwendung und zukünftige Entwicklung“ von 1791. Die Analysen des Scheiterns ästhetischer, bzw. kultureller Konzepte in der Politik vergessen – unabhängig von ihrer Interessenlage – das Potenzial an Erneuerung im Sinn des „Noch-Nicht-Bewusstseins“, das in ihnen steckt, auch was kulturelle Praxis im sozialen und politischen Alltag und was kulturelle Bildung angeht. Kein Wunder, dass der Niederländer Johan Huizinga, aus einem kleinen, früh auf Eigenentwicklung bestehenden Land kommend, dieses Potenzial in seinem 1938/39 erschienenen Buch „Homo ludens“ beschreiben hat, sozusagen als Gegenentwurf Europas zu seinen völkischen Diktaturen. Er meint, dass kulturelle Systeme wie Politik, Wissenschaft, Religion oder Recht sich ursprünglich

aus dem Spiel entwickelt und dann ritualisiert und institutionell verfestigt haben. Daraus erst entstünden „heiliger Ernst“ und der Zwangscharakter von Institutionen. Eine Aufgabe demokratischer Politik müsste demnach sein, festgefahrene Rituale, Institutionen und Situationen kontrolliert, d.h. in einem geschützten Rahmen, auf Zeit und unter Teilhabe der betroffenen Bürger/innen, zu verflüssigen, um Gesellschaft und Staat zu erneuern.

Die amerikanische Professorin für Rechtswissenschaft und Ethik Martha Nussbaum, schreibt in ihrem Buch „Politische Emotionen. Warum Liebe für Gerechtigkeit wichtig ist“ (Berlin 2016): „Mitunter gibt es die Auffassung, nur faschistische oder aggressive Gesellschaften seien von starken Gefühlen beherrscht und nur solche Gesellschaften hätten es nötig, sich auf die Förderung und Pflege von Gefühlen zu konzentrieren. Derartige Ansichten sind so falsch wie gefährlich. Sie sind falsch, weil alle Gesellschaften über die langfristige Stabilität ihrer politischen Kultur und die Sicherheit der ihnen teuren Werte in Krisenzeiten nachdenken müssen. Alle Gesellschaften müssen folglich über Mitgefühl bei Verlusten, Zorn über Ungerechtigkeit, die Eindämmung von Neid und Scham zugunsten eines umfassenden Mitgefühls nachdenken. Überläßt man die Prägung von Gefühlen antiliberalen Kräften, erlangen diese einen gewaltigen Vorsprung bei der Gewinnung der Herzen der Menschen, und dann besteht die Gefahr, daß Menschen liberale Werte für lasch und langweilig halten. Ein Grund, weshalb Abraham Lincoln, Martin Luther King, Mahatma Gandhi und Jawaharlal Nehru für ihre liberalen Gesellschaften so große politische Führungspersönlichkeiten waren, ist der, daß sie die Notwendigkeit erkannten, die Herzen der Bürger anzusprechen und starke Gefühle für die gemeinsamen Aufgaben zu wecken. Alle politischen Prinzipien, gute wie schlechte, bedürfen der emotionalen Unterfütterung.“ (S. 12/13) Sie bringt dafür zahlreiche Beispiele aus den kulturellen Räumen von Literatur und Musik.

Als Beispiel für demokratische Kultur mit Freude als Leitmotiv der Begegnung scheint mir das von Beethoven vertonte und heute als Europahymne bekannte Schillergedicht „An die Freude“ von 1793 geeignet. Es sollen zwei weniger bekannte Strophen hier zitiert werden:

*Freude heißt die starke Feder in der ewigen Natur,
Freude, Freude treibt die Räder in der großen Weltenuhr.
Blumen lockt sie aus den Keimen, Sonnen aus dem Firmament,
Sphären rollt sie in den Räumen, die des Sehers Rohr nicht kennt!*

*Rettung von Tirannenketten, Großmut auch dem Bösewicht,
Hoffnung auf den Sterbebetten, Gnade auf dem Hochgericht!
Auch die Toden sollen leben! Brüder trinkt und stimmt ein,
allen Sündern soll vergeben und die Hölle nicht mehr seyn.*

Völkische Gedanken

Es gibt einen Zusammenhang zwischen der Idee eines Volkskörpers und der Neigung zu Bellizismus. Zum Bellizismus heißt es im Wikipedia-Stichwort: „Der Bellizismus steht für die Ursachen des Kriegsenthusiasmus in der Zivilgesellschaft, nicht im Militär. Der Bellizismus sieht die Verherrlichung des Krieges als Förderer der Humanität.“ Die Gegenaufklärung spricht von einem „Reinigungsbad des Volkskörpers“ durch die „Heroengemeinschaft“ der kämpfenden Krieger. Man könnte von einer zwanghaften Brüderlichkeitsethik sprechen. Das richtete sich bereits im 18. Jahrhundert gegen die 1756 verfasste Schrift Rousseaus „Extrait du projet des paix perpetuelle“ und die 1795 erschienene Schrift Kants „Zum ewigen Frieden“. Im Vorwort des Buches „Die Wiedergeburt des Krieges aus dem Geist der Revolution. Studien zum bellizistischen Diskurs des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts“ (Kunisch/Münkler, Berlin 1999) heißt es: „Bemerkenswert ist jedoch, daß sich der Wandel von der gezähmten zur entfesselten Bellona in einer Generation vollzogen hat, die noch ganz von den Humanitätsidealen der Aufklärung und dem mechanistischen Weltbild des Rationalismus geprägt war. Unter welchen politischen und geistesgeschichtlichen Voraussetzungen, so ist zugespitzt zu fragen, war es möglich, daß man sich in wenigen Jahrzehnten von der Gewißheit, den ewigen Frieden stiften zu können, abwandte und den Krieg als moralische Anstalt wiederentdeckte und zu rechtfertigen versuchte. Dabei erweist sich bei genauem Hinsehen, daß es nicht die Französische Revolution und die in ihrem Gefolge geführten Kriege allein gewesen sind, die diese Enthegung des Krieges zustande brachten. Vielmehr kann es nach den weit ausholenden begriffsgeschichtlichen Untersuchungen von Wilhelm Janssen als erwiesen gelten, daß sich bereits vor der Revolution und besonders auch in Deutschland ein neuer Bellizismus herauszubilden begann, der zahlreiche Argumente lieferte, deren man sich dann in der patriotisch aufgeladenen Debatte der Befreiungskriege bedient hat. Die Wurzeln für den nachrevolutionären Bellizismus liegen also im ancien regime und sind offensichtlich jenem Phänomen zuzuordnen, das als „Dialektik der Aufklärung“ bezeichnet worden ist.“ (S. V) Als Beleg dafür kann beispielsweise die 1779 vom Zweibrücker Philologen Johann Valentin Embser (1749-83) veröffentlichte rousseaukritische Schrift „Die Abgötterei unseres philosophischen Jahrhunderts. Erster Abgott. Ewiger Friede“ dienen.

Die gegen Napoleon geführten Befreiungskriege beförderten in Deutschland trotz konstitutioneller Forderungen in der Breite der Gesellschaft vor allem das völkische Narrativ, wie die Entwicklung von Friedrich Ludwig Jahn und Ernst Moritz Arndt etwa zeigt. Hierher gehört auch die Differenzierung zwischen dem burschenschaftlich und lutherisch geprägten Wartburgfest von 1817 und dem republikanisch und europäisch geprägten Hambacher Fest von 1832, wie sie Heinrich Heine in seiner 1840 erschienenen Denkschrift zu Ludwig Börne formuliert hat: „Und dennoch beurkundete das Fest von Hambach einen großen Fortschritt, zumal wenn man es mit jenem anderen Feste vergleicht, das einst ebenfalls zur Verherrlichung gemeinsamer Volksinteressen auf der Wartburg stattfand. Nur in Außendingen, in Zufälligkeiten, sind sich beide Bergfeiern sehr ähnlich; keineswegs ihrem tieferen Wesen nach. Der Geist, der sich auf Hambach aussprach, ist grundverschieden von dem Geiste, oder

vielmehr von dem Gespenste, das auf der Wartburg seinen Spuk trieb. Dort, auf Hambach, jubelte die moderne Zeit ihre Sonnenaufgangslieder und mit der ganzen Menschheit ward Brüderschaft getrunken; hier aber, auf der Wartburg, krächzte die Vergangenheit ihren obskuren Rabengesang, und bei Fackellicht wurden Dummheiten gesagt und getan, die des blödsinnigsten Mittelalters würdig waren! Auf Hambach hielt der französische Liberalismus seine trunkensten Bergpredigten, und sprach man auch viel Unvernünftiges, so ward doch die Vernunft selber anerkannt als jene höchste Autorität, die da bindet und löset und den Gesetzen ihre Gesetze vorschreibt; auf der Wartburg hingegen herrschte jener beschränkte Teutomanismus, der viel von Liebe und Glaube greinte, dessen Liebe aber nichts anders war als Haß des Fremden, und dessen Glaube nur in der Unvernunft bestand, und der in seiner Unwissenheit nichts Besseres zu erfinden wußte, als Bücher zu verbrennen!“

Das völkische Denken setzt seinen Schwerpunkt nicht auf den einzelnen Menschen, auch nicht – unterm Vorzeichen der Staatsbürgerschaft – auf den einzelnen Bürger, sondern mit der Idee des Volkskörpers auf einen Gruppenkörper und biologisiert damit das Kollektiv bis hin zum Rassismus. Der bayrische Bevölkerungswissenschaftler Friedrich Burgdörfer Wilhelm – NSDAP-Mitglied seit 1937 und Theoretiker von „Eugenik und Rassenhygiene“ - schrieb 1940: „Dieses ‚Volk‘ ist nicht – wie die ‚Bevölkerung‘ – eine amorphe Summe von Individuen, sondern ein organisches Gebilde, ein Organismus. Wir sprechen mit Recht und mit Absicht von einem Volkskörper, einem Volksleib, dessen Zellen nicht die einzelnen Individuen in ihrer Isolierung, sondern die Familien sind, die bluts- und rassemäßig sowie nach Sprache, Sitte und Kultur dem gleichen Volkstum angehören...Somit besteht das Volk auch nicht bloß aus der Summe der gegenwärtigen lebenden Volksgenossen, sondern dazu gehört alles, was von gleichem Blut war, ist und sein wird.“ (zitiert in Wikipedia Volkskörper nach Thomas Bryant: „Volk ohne Jugend“ als „demographisches Drama“. Der Bevölkerungsstatistiker Friedrich Burgdörfer im Wechselspiel zwischen wissenschaftlicher Publizistik und popularisierter Wissenschaft (1909–1933). In: Patrick Krassnitzer, Petra Overath (Hrsg.): Bevölkerungsfragen. Prozesse des Wissenstransfers in Deutschland und Frankreich (1870–1939). Berlin/Köln/Weimar 2007, S. 52) In der völkischen Bewegung wurden seit Anfang des 20. Jahrhunderts Volks- und Rassebegriff vermischt. Damit wird die Legitimierung von Trennung, Herrschaft, Feindschaft und Verfolgung durch die Behauptung unvereinbarer genetischer Differenz zwischen Menschengruppen beabsichtigt, um zu behaupten, dass sie sich auch in den einzelnen Gruppenangehörigen ausprägen. Das politische Narrativ wurde als Wissenschaft verstanden, vermittelt und benutzt. In der Jenaer Erklärung von 2019, die anlässlich der 112. Jahrestagung der Deutschen Zoologischen Gesellschaft verfasst wurde, heißt es dagegen deutlich: „Die Idee der Existenz von Menschenrassen war von Anfang an mit einer Bewertung dieser vermeintlichen Rassen verknüpft, ja die Vorstellung der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschengruppen ging der vermeintlich wissenschaftlichen Beschäftigung voraus. Die vorrangig biologische Begründung von Menschengruppen als Rassen – etwa aufgrund der Hautfarbe, Augen- oder Schädelform – hat zur Verfolgung, Versklavung und Ermordung von Abermillionen

von Menschen geführt. Auch heute noch wird der Begriff Rasse im Zusammenhang mit menschlichen Gruppen vielfach verwendet. Es gibt hierfür aber keine biologische Begründung und tatsächlich hat es diese auch nie gegeben. Das Konzept der Rasse ist das Ergebnis von Rassismus und nicht dessen Voraussetzung...Die Einteilung der Menschen in Rassen war und ist zuerst eine gesellschaftliche und politische Typenbildung, gefolgt und unterstützt durch eine anthropologische Konstruktion auf der Grundlage willkürlich gewählter Eigenschaften wie Haar- und Hautfarbe. Diese Konstruktion diente und dient eben dazu, offenen und latenten Rassismus mit angeblichen natürlichen Gegebenheiten zu begründen und damit eine moralische Rechtfertigung zu schaffen. Erst durch die wissenschaftliche Erforschung der genetischen Vielfalt der Menschen wurden die Rassenkonzepte endgültig als typologische Konstrukte entlarvt. Beim Menschen besteht der mit Abstand größte Teil der genetischen Unterschiede nicht zwischen geographischen Populationen, sondern innerhalb solcher Gruppen.“ (www.shh.mpg.de/1464864/jenaer-erklaerung)

Ein wichtiger Teil völkischer Umsetzung der königlichen Zwei-Körperlehre auf der neuen Basis der Volkssouveränität ist die Figur des Volkskaisers oder des Volkstribuns (Führer mit messianischen Attributen). Sie nimmt Anleihen an religiösen, bzw. mythischen Erlösungsnarrativen des Friedenskaisers, die sich bereits in der Bibel (Psalm 72) finden, im deutschen Kulturraum in der frühen Neuzeit vor allem auf die Stauferkaiser bezogen wurden, dauerhaft auf Friedrich I. Barbarossa, der laut einer Sage im Kyffhäuser schlafte, bis er wiederkehre, um das Reich zu einen. Dieser Reichsmythos wird nach 1871 von Wilhelm II. aufgegriffen, der sich als Volkskaiser inszeniert. Vor ihm haben bereits der Habsburger Joseph II. und der Bürgerkönig Louis-Philippe mit diesem Motiv gearbeitet. Im Kaiserreich der Hohenzollern wird es auch vom Alldeutschen Verband genutzt (Heinrich Class alias Daniel Fryman, Wenn ich der Kaiser wär, 1912), vom nationalsozialen Verein um Friedrich Naumann (Demokratie und Kaisertum, 4. Auflage 1905) und in sozialdemokratischen Bildern, die Bebel als „Arbeiterkaiser“ vermittelten. Die Motivnutzung reicht also über den völkischen Kreis hinaus, hat dort aber ihre nachhaltigste Wiederkehr. Nicht von ungefähr hat sich der rechtsradikale „Flügel“ der AfD über mehrere Jahre am Kyffhäuser zu Treffen versammelt. Auch seine Führungsfigur Björn Höcke (Hennig/Höcke, Nie zweimal in denselben Fluss, Lüdinghausen/Berlin 2018) sieht im Staufer-mythos Anknüpfungsmöglichkeiten für seine völkische Mythisierung gegenwärtiger Politik. (Volker Gallé, Siegfried und das Motiv des Volkskaisers – republikanische und völkische Varianten eines deutschen Erlösermythos, in: Büchli, Plotke, Schöller als Hrsg., Das Nibelungische und der Nationalsozialismus, Bielefeld 2023)

Auch wenn der Philosoph Johann Gottlob Fichte (1762-1814) den Begriff „deutsch“ mit Blick auf seine Etymologie (althochdeutsch thiutisk = zum Volk gehörig) 1811 wohl erstmals als bedeutungsgleich mit „völkisch“ definierte und bereits da – im Zug der Befreiungskriege, der preußischen Identitätssuche und der Gründerzeit der Burschenschaften – eine nationalistische Einengung vornahm - „Deutsch sein heißt schon der Wortbedeutung nach völkisch, als ein ursprüngliches, nicht als zu einem Anderen gehöriges und Nachbild eines Andern.“ - wurde der Begriff erst Ende des

19. Jahrhunderts im deutschen Kaiserreich als politischer Kampfbegriff verwendet. Er wurde einerseits mit dem Rassebegriff verbunden und daher rassistisch und insbesondere antisemitisch nutzbar, andererseits mit dem Volkskaisermythos und damit auch mit einem Nationalstaat, in dem die demokratische Verfassungsidee von 1848/49 zurückgedrängt wurde zugunsten einer Allianz von Monarchie - in Verbindung mit dem Protestantismus -, Industrie und Militär. Um die Arbeiterschaft in das Volkskaiser-Modell einzubinden, schuf Bismarck gegen das Verlangen der Sozialdemokratie nach politischer Partizipation die Sozialversicherung und Kaiser Wilhelm II. kündigte in den Februarerlassen von 1890 einen Ausbau des Arbeitsschutzes an. Seitdem gibt es eine enge Orientierung der industriellen Arbeits- und Lebenswelt am Nationalstaat, die nicht nur bis in sozialistische Staatsmodelle Paternalismus verlangt, sondern auch für Nationalismus offen ist. Die Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen integriert damit auch Sicherheitsbedürfnisse der abhängig arbeitenden Menschen. Industrie und Nationalstaat bestimmen deren Lebenswelt. Es ist kein Wunder, dass diese völkische Variante – unabhängig von den jeweiligen Ländern - Begriffe wie „America first“ oder „Deutschland zuerst“ (AFD-Wahlplakat in München 2017) nutzt und Autokraten wie Putin seine imperialistische Strategie auf Rohstoffausbeutung und Nationalismus aufbaut.

Diese industriekulturelle Variante völkischer Kultur reicht bis in die über Generationen erlebte Alltagswelt von Menschen, die einem ökologischen Umbau der Industrie daher skeptisch gegenüberstehen und ihn als neoliberale Zerstörung von Sicherheit missverstehen. Körperkraft, Männlichkeit, Fleischkonsum spielen eine prägende Rolle in diesen Lebenswelten. Geisteskraft, Weiblichkeit und Vegetarismus sind prägende Gegenbilder.

Aber aus dem Gegeneinander kann Begegnung werden, wenn Räume dafür geschaffen werden. Es gibt ja bereits jetzt genug Mischzonen, die sich in Bewegung befinden, d.h. Ausschließlichkeiten auflösen. So lernt beispielsweise die Bionik, technische Verfahren und Objekte durch Nachahmung lebendiger Natur zu optimieren. Bereits die Gartenstadtidee aus dem frühen 20. Jahrhundert hat die Trennung von Arbeits- und Lebenswelt aufzuheben gesucht. In der Genossenschaftsbewegung, die leider durch neoliberale Konzepte zurückgedrängt wurde und neu gedacht werden muss wurde nicht nur gegenseitige Hilfe praktiziert, sondern auch Produktion und Konsum regionalisiert. In solch geschützten Räumen können sich auch Geschlechteridentitäten verflüssigen und als bereichernde Vielfalt erlebt werden, in der traditionelle Formen genauso ihren Platz haben wie ungewohnte Versuche und Lebenswelten von Minderheiten. Gleiches gilt für kulturelle Begegnung. Staaten sind dazu aufgerufen, Begegnungs- und Erfahrungsräume für das Noch-Nicht-Bewusstsein zu fördern und der Entwicklung Zeit zu geben. In jedem Fall brauchen solche Begegnungen Zeit, freiwillige Entscheidungen, Zugang und Rückzug, Offenheit statt Provokation. Überwältigungsgefühle sollten vermieden werden. Demokratie muss sich dafür Zeit nehmen, auch wenn offensichtliche und scheinbare Zwänge die Zukunftsfreiräume als unplanbare, unkontrollierbare, nicht verrechtlichte und zusätzliche Leistung bezeichnen; sie sind in der Tat im wahrsten Sinn des Wortes notwendig.

Ergänzt werden muss grundsätzlich, dass in der leider kontroversen Debatte um Universalismus versus Kulturalismus selbst Menschenrechte als westliche Herrschaftsinstrumente umbenannt (Russland, China) werden und in diesem Fahrwasser selbst postkolonialistische Kritik an Europa und der USA völkisch instrumentalisiert werden kann. Es ist daher auch notwendig, kulturelle Differenz welcher Herkunft auch immer nicht essentialistisch zu benutzen, sondern ihr die ebenso beobachtbare kulturelle Ähnlichkeit in einem Diskurs auf Augenhöhe gegenüberzustellen und beide Stellungnahmen in Gespräch und Bewegung zu bringen.

Bis heute einflussreich ist der völkische Staatsrechtler Carl Schmitt (1888-1985). Zwar wird heute mehrheitlich kritisiert, dass er von 1933 bis 1945 NSDAP-Mitglied war und in den 1930er Jahren sowohl die Röhm-Morde als „Führer-Ordnung“ gerechtfertigt und die antisemitischen Nürnberger Gesetze als „Verfassung der Freiheit“ bezeichnet hat (Wikipedia Carl Schmitt), aber dass er den Demokratiebegriff völkisch verwendet, wird kaum beachtet. Er reduziert Demokratie auf den Gleichheitsgrundsatz, versteht ihn als Einheit von Regierten und Regierenden und weitet ihn über das Rechtswesen hinaus aus, indem er aus dem Einigungsprozess eines Volkes auf einen demokratischen Staat das Postulat einer Gleichartigkeit bzw. Homogenität allgemeiner und absoluter Art ableitet. Das führt in der Zeit des Nationalsozialismus dazu, dass er nicht mehr von Gleichheit und auch nicht mehr von Gleichartigkeit spricht, sondern von „Artgleichheit“. Damit sind nicht nur Rassismus und autoritäre Führung legitimierbar, sondern auch Feindzuschreibungen bis hin zum Angriffskrieg als Aufgabe des Nationalstaates. Weder von der Ableitung der Bürgerrechte aus den Menschenrechten im Sinn von Freiheitsrechten noch von Gewaltenteilung ist hier die Rede. Das aber genau unterscheidet völkisches von demokratischem Denken. Und es zeigt, wofür Kulturalismus, mithin kulturelle Differenz, missbraucht werden kann.

Der Nationalsozialismus ist eine Variante des völkischen Nationalismus, der wiederum eine sich Ende des 19. Jahrhunderts und in der Weimarer Republik ausprägende politische Bewegung auf Grund völkischen Denkens ist, wie es sich nach der „Sattelzeit“ um 1800 mit dem Aufbruch zur Volkssouveränität als Gegenmodell zur Demokratie entwickelt hat und weiter wirksam ist. Boris Barth hat in seinem Buch „Europa nach dem großen Krieg – Die Krise der Demokratie in der Zwischenkriegszeit 1918 – 1938“ gezeigt, dass nach 1918 in Europa häufig parlamentarische Demokratien durch autoritäre Regimes in unterschiedlichen Varianten ersetzt wurden, so in Ungarn 1920, in Italien 1922, in Albanien 1925, in Litauen, Portugal und Polen 1926, in Jugoslawien 1929 und schließlich in Deutschland und Österreich 1933. (Frankfurt 2016, S. 14/15) Der Nationalsozialismus ist also weder in synchroner noch in diachroner Hinsicht eine solitäre Erscheinung, sondern eine, wenn auch besonders böse Variante einer politischen Denktradition der Neuzeit, die darauf zielte, Demokratie zu verhindern und zu zerstören. Volkskörpertheorien von der Eugenik über den Rassismus bis hin zum Antisemitismus wurden im Nationalsozialismus verbunden mit einem charismatisch-autoritären Führerkult – der Mann aus dem Volk als Volkstribun in

kaiserlicher Heilstradition – und einem völkischen Imperialismus – „Deutschland first“ innen und nach außen gewendet – und der Anknüpfung am Männlichkeitsideal des Kriegers, das die Kränkung insbesondere der Weltkriegssoldaten durch die Niederlage 1918 umdeutete, angefangen mit der Dolchstoßlegende. Für völkisches Denken heutzutage in Deutschland ist die AfD trotz innerer Differenzierungen politischer Positionen – was für Parteien jeglicher Art typisch ist – ein Sammelbecken. Das gilt auch für ihre Wählerinnen und Wähler, auch wenn diese in Teilen damit eine vorübergehende Protesthaltung ausdrücken und sich von extremen Entwicklungen – ab und an, vielleicht auch nur vorläufig - distanzieren mögen. Es ist daher nicht nur von Bedeutung, dass sich die auch in der AfD wirkende Neue Rechte auf das völkische Denken der Weimarer Republik bezieht und versucht, sich dadurch vom Nationalsozialismus abzugrenzen (siehe Volker Weiß, Die autoritäre Revolte, Stuttgart 2017), sondern auch, dass völkisches Denken und völkische Kultur in ihrer Gesamtheit in den Blick genommen werden.

Die völkische Kultur hat aber nicht nur Denkmuster, sondern auch Gefühlsmuster. Grundsätzlich ist für das Verstehen und Begreifen menschlichen Verhaltens auch die Wahrnehmung von Gefühlen wichtig, sei es offenbar oder verborgen in der Sprache, in Mimik oder Gestik. Eine Zuordnung zu kulturellen und politischen Mustern ist dann in Zusammenhang mit dem Hintergrund der Gefühlsäußerungen möglich. Hier spielen Motivation, Zielsetzung und Faktenchecks eine entscheidende Rolle. „Während Zorn und Empörung im philosophischen Diskurs über die Jahrhunderte als moralische Effekte betrachtet wurden, die sich gegen verübtes Unrecht richteten und zumindest als Ziel die Wiederherstellung kollektiv anerkannter moralischer Standards einforderten, wurde die Wut eher als Entladung aufgester Affekte angesehen, die kein anderes Handlungsziel verfolgt außer eben ihrer Entäußerung. Erst der relativ neue Begriff des Wutbürgers hat diese Semantik verschoben. Geblieben ist allerdings der Bezug von Wut zu bestimmten Lebenssituationen, seien sie persönlicher oder politischer Art. Die Wut ist eine Form seelischer Überhitzung. Demgegenüber ist der Hass abzugrenzen, weil er über Zorn, Empörung und Wut hinausgeht und sich auf Personen oder Personengruppen bezieht, von der, bzw. von denen sich der Hassende missachtet fühlt. Er wird in der Regel zu einer kalten Emotion. Die feindselige Verachtung, die zum Hass gehört und ihn rational und strategisch macht, wird stets mit der Missachtung der eigenen Person oder Gruppe begründet...Diese Handlungsorientierung führt leicht zu Gewalttaten, die sich vor allem im Kollektiv zur Maßlosigkeit steigern.“ Der amerikanische Psychologe Paul Ekman hat in seinem Buch „Gefühle lesen“ (2004) die These aufgestellt, dass der Ausdruck von Basisemotionen sich quer durch die Kulturen ähnelt. Beschrieben hat er nicht Hass, aber Zorn: „Zum Zornempfinden gehört das Empfinden von Druck, Anspannung und Wärme. Der Herzschlag beschleunigt sich, ebenso die Atmung, der Blutdruck steigt und das Gesicht läuft vielleicht rot an. Wenn man nichts sagt, beißt man oft die Zähne fest zusammen und schiebt das Kinn nach vorne. Auch besteht der Impuls, sich auf das Objekt unseres Zorns hin zu bewegen.“ (S. 19) Die Zornmimik wird erkennbar an einem stechenden Blick der Augen – in diesem Augenblick ist der Zorn noch unterdrückt, wird zu verbergen versucht – und einem finsternen Blick, der durch das

Zusammenziehen der Augenbrauen entsteht. Auch die Lippen werden zusammengepresst. Die Schultern werden hochgezogen. Es ist wie ein Ansetzen zu einem Sprung, also einer Spannungsentladung. Die Sprache erzählt die Hassmimik als eine verfestigte Stufe der Aggression als hassverzerrt, am Ende sogar hasszerfressen. (siehe Volker Gallé, Begeisterung und Hassjubiläum in: Mehrdeutigkeit des Volksbegriffs, Worms 2021, S. 42-77) Hass und Hetze sind verwandte Worte. In seinem Buch „Masse und Macht“ (1960) hat Elias Canetti versucht, seine Erfahrung mit dem Nationalsozialismus möglichst dicht zu beschreiben. Massen sind seiner Beobachtung nach Fluchtorte für Einzelne, die in ihnen aufgehen. Sie haben eine ihnen innewohnende Wachstumsdynamik und brauchen eine Richtung. Es gebe Hetz-, Flucht-, Verbots-, Umkehrungs- und Festmassen. Die Urform der Masse sei die Jagdmeute. Alexander Gauland sagte im September 2017 nach der Bundestagswahl in einem Interview: „Wir werden sie jagen. Wir werden Frau Merkel oder wen auch immer jagen. Und wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen.“ (Focus-online, 24.8.2017). Hass und Hetze sind deutlich wahrnehmbar, und zwar aus völkischer Motivation. Was Hass- und Hetzsprache antreibt, beschreiben Christoph Demmerling und Hilge Landweer in ihrem 2007 erschienenen Buch „Philosophie der Gefühle“: „Der Ohnmächtige erlebt sich im Hassen als handlungsfähig.“ (S. 297) Und der Schritt vom Erlebnis der Handlungsfähigkeit zur Handlung selbst ist nicht mehr weit.

Meines Erachtens geht diese feindliche Haltung auf unbewältigte narzisstische Kränkungen zurück, seien sie individuell oder kollektiv. Und sie schießen selbst bei begründbaren Reaktionen - anders als beim Zorn – deutlich über konkrete Ziele hinaus, selbst über Rachehandlungen. Lew Kopelew (1912-1997) hat das beispielsweise beschrieben in seiner Auseinandersetzung mit dem gewalttätigen und von oben angeordnete Deutschenhass der sowjetischen Armee am Ende des Zweiten Weltkriegs, für dessen Kritik er wegen „Propagierung des bürgerlichen Humanismus, Mitleid mit dem Feind und Untergrabung der politisch-moralischen Haltung der Truppe“ verhaftet und verurteilt wurde. (Aufbewahren für alle Zeit! Nachwort von Heinrich Böll, Autobiographie Teil 2, 1976) Auch hier wird in ganz anderem ideologischen Zusammenhang das völkische Element der stalinistischen Argumentation deutlich.

Narzissmus in seiner krankhaften Form wird in der Psychologie beschrieben als eine stark aufgeblähte, unrealistisch positive Selbsteinschätzung und Selbstzentriertheit, die mit Berechtigungsdenken und mangelnder Rücksichtnahme auf andere Personen einhergeht. (Wikipedia) Im Januar 2020 ist eine Studie von Berning, Mayer und Johann mit dem Titel „The Two Dimensions of Narcissistic Personality and Support for the Radical Right“ erschienen. In einer Pressemitteilung der Universität Mainz heißt es: „Die Studie zeigt, dass Wähler, die ein hohes Maß an narzisstischer Rivalität als Persönlichkeitsmerkmal aufweisen, also andere abwerten, um sich selbst aufzuwerten, dazu neigen, rechtsradikale populistische Parteien zu wählen. Narzissmus beeinflusst das Wahlverhalten nicht direkt, sondern über Einstellungen vermittelt.“ (www.uni-mainz.de/presse/aktuell/11063_DEU_HTML.php)

Es geht um nicht bewältigte narzisstische Kränkungen, die sich zu einer Haltung verselbstständigen, die krankhaft, bzw. kriminell werden kann. Kollektive

Kränkungen sind möglich durch narrative Geschichtsdeutungen, die individuelle Erfahrungen einbinden. Biografisches Erleben von Zusammenbrüchen wird so sinnstiftend bearbeitet. Aber auch damit kann unterschiedlich umgegangen werden, selbst wenn die Narrative völkisch aufgestellt sind. Polens Opferrolle ist so ein Narrativ, das historische Gründe aufweist, politisch wirksam ist, aber ins völkische Denken kippt, in dem es die Erinnerung eigener Gewalt ausblendet und seine Deutungshoheit autoritär durchsetzt, indem es die Unabhängigkeit von Justiz und Medien zu unterbinden sucht. Weitaus aggressiver und realitätsferner ist Putins völkisches Russlandnarrativ vom Verlust der imperialen Machtfunktion nach Opfern im Vaterländischen Krieg, das sich mit einer Missionslegende gegen den Westen verbindet, wie sie bereits im Zarenreich und der Idee von Moskau als drittem Rom zur Legitimation von Herrschaft diente.

Als Beispiele für völkische Kultur einmal ein Liedtext zum Begriffsfeld Königskörper-Volkskörper-Volkskaiser und zum anderen zu Hass und Hetze.

„Heil dir im Siegerkranz“ wurde in seiner Urfassung von Heinrich Herries 1790 für den dänischen König als Geburtstagshymne auf die Melodie der englischen Nationalhymne gedichtet. In seinem „Flensburger Wochenblatt für Jedermann“ bejubelte Herries die Französische Revolution, während er für Dänemark dank dessen Reformen wie Pressefreiheit und Aufhebung der Leibeigenschaft keine Notwendigkeit für eine Revolution sah. (Wikipedia Heinrich Herries). Ab 1795 wurde das Lied zur Preußischen Volkshymne und ab 1871 zur deutschen Kaiserhymne.

*Heil dir im Siegerkranz, Herrscher des Vaterlands, heil Kaiser dir!
Fühl in des Thrones Glanz die hohe Wonne ganz, Liebling des Volks zu sein, Heil
Kaiser dir!*

*Nicht Ross und Reisige sichern die Steile Höh, wo Fürsten stehn:
Liebe des Vaterlands, Liebe des freien Manns gründet den Herrscherthron
wie Fels im Meer.*

*Heilge Flamme glüh, glüh und erlösche nie fürs Vaterland!
Wir alle stehen dann mutig für einen Mann, kämpfen und bluten gern für Thron und
Reich.*

Glücklicherweise gibt es für alle Hymnen auch parodistische Umdichtungen, gewissermaßen in demokratischer Ironie, so mitten im Ersten Weltkrieg um 1916 zur Zeit der Hungerrevolten:

*Heil dir im Siegerkranz! Kartoffeln mit Heringsschwanz. Heil Kaiser dir!
Friss in des Thrones Glanz die fette Weihnachtsgans. Uns bleibt der Heringsschwanz
in Packpapier.*

Die Mehrdeutigkeit von Narrativen und die dadurch mögliche Umtextung kann aber auch in die andere Richtung gehen wie beim Heckerlied von 1848, dessen Gewaltstrophen auch völkisch nutzbar waren.

*Wenn die Leute fragen, lebt der Hecker noch?
Könnt ihr ihnen sagen: Ja, er lebet noch.
Er hängt an keinem Baume, er hängt an keinem Strick.
Er hängt nur an dem Traume der deutschen Republik.*

*Fürstenblut muß fließen knüppelhadeldick,
Und daraus ersprießen die freie Republik.
Ja, dreiunddreißig Jahre währt die Knechtschaft schon
Nieder mit den Hunden von der Reaktion!*

*Schmiert die Guillotine mit Tyrannenfett!
Schmeißt die Konkubine aus des Fürsten Bett!
Ja, dreiunddreißig Jahre währt die Knechtschaft schon
Nieder mit den Hunden von der Reaktion!*

Eine antisemitische und antidemokratische Umdichtung von 1933 lautet:

Dreizehn lange Jahre währt die Knechtschaft schon. / Nieder mit die Hunde von der Reaktion! / Blut muß fließen knüppelhadeldick, / wir pfeifen auf die ‚Freiheit‘ der Judenrepublik. Refrain: Kommt einst die Stunde der Vergeltung, sind wir zu jedem Massenmord bereit.

In die Parlamente schmeißt die Handgranate rein, / Die Ministersessel müssen unser sein. / Das gibt Brennholz für des Volkes Not, / Und wer uns daran hindert will, den schlag'n wir einfach tot.

Und es gibt noch schlimmere Varianten. (<http://www.dorsten-unterm-hakenkreuz.de/2012/05/28/das-lied-als-anstiftung-zum-judenhass-das-heckerlied-und-seine-antisemitische-variante-in-der-weimarer-republik-und-im-nationalsozialismus>) Seit Anfang der 1990er Jahre wurden die NS-Bearbeitungen auch in der Neonaziszene aufgegriffen, so durch die Band „Tonstörung“, deren Mitglieder 1993 „vom Landgericht Mannheim wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Hass gegen Teile der Bevölkerung, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und öffentlicher Aufforderung zu Straftaten verurteilt wurden“. (Wikipedia Heckerlied)

Daher ist es nicht nur wichtig für eine demokratische Kultur, Mimik, Gestik, Begriffe, Narrative, Motivation zu analysieren und durch Faktenrecherche zu unterfüttern, sondern auch vorhandene Haltungen, Muster, Begriffe, Erzählungen, Bilder und Liedtexte bewusst anders zu erzählen und zu vermitteln statt sie zu ignorieren. Dabei muss es auch bei demokratischen Überlieferungen zu Bearbeitungen kommen und natürlich auch zu Neudichtungen, die aber wohl selten

vollkommen ohne die Nutzung vorhandener Sprach-, Erzähl- und Gefühlmuster auskommen. Differenz und Ähnlichkeit müssen dabei kreativ genutzt werden.

Umgang mit der Situation

Eine Herausforderung beim Anderserzählen des Volksbegriffs ist die Erzählung zum deutschen Volk. Hilfreich zum Nachlesen und Nachdenken ist dafür das 2017 erschienene Buch von Dieter Borchmeyer „Was ist deutsch? Die Suche einer Nation nach sich selbst“ mit seiner umfangreichen Materialsammlung von Texten seit der Sattelzeit um 1800.

Es fällt auf, dass es in dieser Zeit mehrere, durchaus unterschiedlich erlebbare Kränkungspotenziale deutscher Identitätserzählung gab. Da ist zum einen die Rede von der im europäischen Vergleich verspäteten Nation von Helmuth Plessner (Zürich 1935), die den Beginn der Neuzeit nach dem Ende des Dreissigjährigen Kriegs nicht als Aufbruch in den Nationalstaat, sondern als Untergang des Reiches erlebt habe. Das kann man allerdings nur dann so sehen, wenn man die konsensualen und föderalen Strukturen des Alten Reiches dem Zentralismus von Nationalstaaten gegenüberstellt statt sie als Vorläufer eines modernen europäischen Bundesmodells föderaler Art zu deuten, das nicht nur nationale, sondern auch regionale und kommunale Diversität organisiert. Selbst viele der südwestdeutschen Demokraten vor und nach 1848 dachten nicht nur national, sondern auch föderal, beispielsweise im Konzept eines „dritten Deutschland“ kleinerer und mittlerer Verfassungsstaaten, die durch die französische Gesetzgebung der napoleonischen Zeit beeinflusst waren und sich gleichwohl als deutsch, bzw. ebenso als hessisch, württembergisch, badisch etc. empfanden. Dabei spielt die linksrheinische Zugehörigkeit zu Frankreich zwischen 1798 und 1815 insofern eine Rolle, als man bürgerliche Modernisierung und kulturelle, auch sprachliche Differenz hier zusammen zu bringen suchte. So musste der hessische Großherzog in seiner Besitzergreifungsurkunde Rheinhessens von 1816 garantieren, was an Gutem durch Aufklärung und Zeitläufte hier entstanden war. Darum ging der Streit zwischen Demokraten und Reaktionären im Vormärz bis zur Märzrevolution 1848. Dass diese verloren ging, ließ die völkische Orientierung des von Preußen dominierten Befreiungskrieges die Oberhand gewinnen. Noch in der Weimarer Republik fußten darauf Autonomieimpulse und Gesellschafts-utopien für das Rheinland, die sich in politisch ganz unterschiedlichen Lagern fanden.

Andrerseits meinte der Speyrer Verleger Georg Friedrich Kolb (1808-1884) bereits 1835 zur politischen Stimmung in der bayrischen Pfalz: „Das Land möchte wohl französisch sein, wenn es nur ohne Franzosen sein könnte.“ (zitiert nach Hellmut G. Haasis, Morgenröte der Republik, Frankfurt 1984 in: Kolb, Rheinbayern, in: Rotteck/Welker, Hrsg., Staatslexikon Band 2, Altona 1835, S. 160-172) Das meint Ja zu einer französischen Verfassung und zugleich Nein zu einer Zugehörigkeit zu Frankreich. Die völkische Wendung der Befreiungskriege gegen Napoleon, wie sie vor allem im Wartburgfest von 1817 deutlich wurde, wurde linksrheinisch nicht geteilt. Man verband, wie das Hambacher Fest von 1832 zeigt, die Forderung nach einem deutschen Nationalstaat eng mit republikanischen Verfassungsidealen, die man in einer gewählten Nationalversammlung als verfassungsgebender Versammlung umgesetzt sah. Und man dachte in der Pfalz europäisch, wie sowohl die Rede von

Wirth in Hambach als auch die Gründung der Polenvereine zeigt. Nach der Niederlage der Demokraten gingen viele ihrer Vordenker/innen ins Exil, meist nach Nordamerika, und in Deutschland dominierte zunehmend der preußische Militärstaat, was in der Reichsgründung 1871 kulminierte. Es entstand ein Nationalstaat als Neuauflage des Reiches, bei dem die Verfassung gegenüber Monarchie, neuem Ständedenken, völkischem Mythos und Industrialisierung durch das Wirtschaftsbürgertum in den Hintergrund rückte. Imperiale Größe wurde in typisch narzisstischer Manier immer irrationaler zur Triebfeder des Handelns, ganz wie von Elias Canetti in „Masse und Macht“ beschrieben, sozusagen ein Vorläufer dessen, was sich im Nationalsozialismus potenzierte. Dieser Größenwahnsinn führte auch in den Ersten Weltkrieg und die Niederlage von 1918. Von republikanischer und insbesondere pazifistischer Seite war davor bereits vor 1914, aber auch mitten im Krieg ab 1916, gewarnt worden, und der demokratische Aufbruch der Weimarer Republik speiste sich aus der erlebten Enttäuschung über dieses Kaiserreich. Dem gegenüber setzten die völkischen Ideologen wie so oft auf die Kränkungssituation der Niederlage, insbesondere bei Soldaten und ihren Familien, und bauten schließlich im Nationalsozialismus ein noch schrecklicheres völkisches Nationalstaatsmodell eines „Dritten Reiches“. Nach 1945 ging die Westorientierung der Bundesrepublik zunächst einher mit Wirtschaftswunder und Geschichtsvergessenheit, auch durch Vermeidung der Aufarbeitung der NS-Verbrechen. Landschaftsorientierte und föderale Heimatgefühligkeit löste nationale Narrative in Film, Musik und populärer Literatur ab. Bayern wurde zunehmend im In- und Ausland zum Marketingbild für Deutschland. Nach der Studentenrevolte von 1968 entstand ein linksalternatives Milieu, in dem weitgehend Begriffe wie Volk, Nation, Staat, Heimat als gefährliche Türöffner für völkische Ideologie tabuisiert wurden. Damit schuf man eine Begriffssituation, die es der „Neuen Rechten“ möglich machte, diese in der Bevölkerungsmehrheit lebendigen Begriffswelten einseitig zu besetzen. Demokratie verband sich andererseits – im Grunde durchaus ähnlich wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts - mit nüchterner Machbarkeit in einer modernen Industriegesellschaft, setzte also schwerpunktmäßig auf den Wirtschaftsaspekt bürgerlicher Identität. Das Kränkungspotenzial in den neuen Bundesländern, das sich bald nach dem ersten Einheitsrausch einstellte, wurde seit der Jahrtausendwende zum bevorzugten Milieu für völkische Agitation, die umso mehr verfiel als es ab 2008/09 zu krisenhaften Situationen kam, die Angst vor Wohlstandsverlust auslösen konnten. Parallel dazu hatte der neo-liberale, wiederum überwiegend nur wirtschaftlich orientierte Globalisierungstrend, auch dazu geführt, dass sich die Bürger/innen im Westen schwerpunktmäßig nicht mehr als Citoyen/enne, sondern als Konsumenten/innen verstanden und den Staat als Servicestation. Die völkischen Bewegungen in zahlreichen Staaten Europas, aber auch in den USA nutzten und nutzen das, um Kränkungspotenziale unterschiedlicher Herkunft einzusammeln und zu bündeln. Dagegen helfen Faktenchecks und finanzielle Versorgungspakete nur bedingt. Es wird auch eine neue Bürger/innenmentalität demokratischer Art benötigt mit einem Interesse am Allgemeinwohl von der Kommune über Region/Land und Nation bis hin zur Menschheit. Dazu gehört auch der sorgsame Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Möglich sein wird das nur, wenn es mehr Erprobungsräume für

eine solche Erneuerung demokratischer Lebenswelt geben wird, die als Alternativen für rückwärtsgewandte und hassbetonte völkische Denkmodelle auch im Alltag überzeugen.

Die Idee von Deutschland als Land der europäischen Mitte könnte u.a. auf Basis der Erfahrungen und Analysen im Linksrheinischen als kulturelle Mischung ein neues Aufgabenfeld für die europäische Zukunft beschreiben, und zwar im Sinn von Vermittlung, im Westen mit Frankreich, Luxemburg, Belgien und den Niederlanden, im Süden mit der Schweiz, Österreich und den Mittelmeerstaaten, im Osten mit den ostmitteleuropäischen Staaten und Russland und im Norden mit Skandinavien. Gerade die durchaus ambivalenten Begegnungserfahrungen über Jahrhunderte können für ein Verständnis einer demokratischen Kultur ausgewertet werden. Dabei wäre ein deutscher Impuls auf europäischer Ebene sinnvoll, für die jeweiligen Zwischen- oder Begegnungslandschaften nachhaltige kulturelle und kulturwissenschaftliche Programme aufzulegen und sowohl in die jeweiligen Hauptstädte als auch in die jeweils anderen Himmelsrichtungen zu vermitteln und zu diskutieren mit Blick auf Verfahren von Konfliktlösung bzw. Zusammenleben von Verschiedenen. Das Augenmerk sollte sich dabei über historische Bestandsaufnahmen hinaus vor allem auf Abfärbungen statt auf Beherrschungen in einem Dialogfeld von Differenz und Ähnlichkeit richten.

Dabei wird auch die Bedeutung von Sprache als Erkenntnismittel deutlich werden, sowohl was eine dichte Beschreibung von semantischen Feldern innerhalb einer Sprache angeht als auch den semantischen Vergleich unterschiedlicher Sprachen, um die sowohl ähnlichen als auch unterschiedlichen Zugänge zum Weltverstehen produktiv nutzen zu können. Die Pflege von Sprachdiversität bis hin zu Dialekten und quantitativ kleinen Sprachen ist dafür eine gute Voraussetzung, gut vergleichbar mit dem nachhaltigen Vorteil von Biodiversität. Nicht nur Respekt und Partizipation sind dabei wichtig, sondern auch Kommunikation untereinander, um einen Blick auf die Gesamtzusammenhänge entwickeln zu können, ganz im Sinn eines Citoyens statt eines Bourgeois, einer Citoyenne statt einer Bourgeoisie – auch Worterfindungen können dazu gehören.

Deutsch sein wie französisch sein, polnisch sein etc. ist ein kulturell-historisch-lebensweltliches Identitätsnarrativ, das am besten beschreibend und erzählend erfasst werden kann. Es ist mehrdeutig, sowohl diachron als auch synchron und veränderlich, aber dennoch fassbar. Es zeigt sich am besten im Vergleich und wird oft stark erlebt von Personen, die sich neu in einem ihnen fremden Land beheimaten, oder von Personen, die ein ihnen fremdes Land über eine gewisse Zeit besuchen und dabei auf Eigenheiten ihrer Herkunft aufmerksam werden. Ein Beispiel dafür kann der Umgang mit der Covid-Pandemie sein, in Schweden z.B. stärker auf Selbstverantwortung setzend, in China auf totalitäre Staatsmaßnahmen, in asiatischen Staaten aber grundsätzlich eher mit Blick auf die Anderen als sich selbst (Maskentragen in Japan oder Südkorea in Grippezeiten), in der Schweiz kantonal unterschiedlich mit einer zurück-haltenden Bundestaatlichkeit, in Deutschland irgendwo zwischen Zentralismus und Föderalismus, in Brasilien staatlicherseits mit kompletter Ignoranz (auch in Trumps USA und ansatzweise in Johnsons

Großbritannien) – das sollen nur Impulse für eine diverse Analyse sein, die einen zumindest gegen vereinseitigte Wahrnehmungen, Diktate und Verschwörungstheorien wappnen können.

Themen und Umgangsformen

Die Aufarbeitung von Demokratiegeschichte gegen ihr Vergessen sollte ein inhaltlicher Schwerpunkt werden. Dabei kann es nicht nur um Faktenwissen gehen, sondern auch um Begriffs- und Erzählkultur der Demokratie und schließlich um das Anderserzählen der Geschichte aus demokratischer Perspektive. Als nächste Erinnerungsmarken stehen dafür in Deutschland die Revolution von 1848/49 (2023/24 vor 175 Jahren), der Bauernkrieg 1525 (2025 vor 500 Jahren) und das Hambacher Fest 1832 (2032 vor 200 Jahren) an. Während es hier von Bundesseite Finanzmittel und Koordinationen gibt, hat sich Rheinland-Pfalz als Land mit seiner besonderen linksrheinischen Demokratiegeschichte (Mainzer Republik, Hambacher Fest, Märzrevolution und Reichsverfassungskampagne) hier bisher trotz einzelner Projekte und Initiativen unkoordiniert, unvollständig und ohne Strategie und Federführung aufgestellt, so dass das Land bundesweit nur am Rand der Aktivitäten vorkommt. Hier ist sofort eine Offensive notwendig, die sich nicht nur auf Leuchttürme bezieht, sondern auf das Land in seiner ganzen Breite bis in die Gemeinden, in die Bildungslandschaft – und zwar nicht nur über Geschichtsarbeit, sondern auch über Methoden von Storytelling und Drama, wie sie aus dem angelsächsischen Raum bekannt sind – und in die Medien, insbesondere im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Um Partizipation und Kommunikation kennen zu lernen und innovative Ideen zu entwickeln, bedarf es der Erprobung in Freiräumen, heute oft dritte Orte als Orte der Kultur genannt. Hier fehlen Konzepte und Förderungen in der Breite auf kommunaler Ebene. Um nicht in den unterfinanzierten Bereich freiwilliger Leistungen abgedrängt zu werden, bedarf es hier einer gesetzlichen Grundlage auf Länderebene, die auch bei überschuldeten Kommunalhaushalten greifen kann. Dabei sollte es nicht um Projektförderungen gehen, sondern um Rahmenbudgets auf Zeit, die in Selbstverantwortung umgesetzt und nach Ablauf des vereinbarten Zeitraums evaluiert werden. Dafür können eine Vielzahl von Antragsverfahren gebündelt und entbürokratisiert werden. Das passt im Übrigen gut zur in Deutschland ausgeprägten föderalen Struktur und Mentalität. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auf der Begegnung von Verschiedenen liegen, kulturell, generationell, sozial, regional etc. Es sollte interdisziplinär gedacht und gehandelt werden. Aus kulturellen Mustern wie Improvisation, Differenz und Ähnlichkeit, Impuls und Resonanz, Imitation und Variation können anregende Arbeitsweisen entwickelt werden. Die Literaturwissenschaftlerin Dorothee Kimmich schrieb dazu in ihrem Essay „Ins Ungefähre. Ähnlichkeit und Moderne“ (2017): „Ähnlichkeitsordnungen bilden keine homogenen Gruppen, sie ordnen nicht nach Kategorien von Identität und vollkommener Differenz...Ähnlichkeitsmodelle erlauben differenzierte Beschreibungen von sich überlagernden Strukturen von Ähnlichkeit und Unähnlichkeit...Grenzen müssen fließend sein, weil Kategorien sonst die notwendigen Anpassungsleistungen an semantische, kulturelle, historische und

politische Veränderungen nicht leisten könnten.“ (S. 16) In der Kulturanthropologie sind narrative Methoden erprobt, so die „teilnehmende Beobachtung“ von Bronislaw Malinowski oder die „dichte Beschreibung“ von Clifford Geertz. Das gilt auch für Philosophie und Literaturwissenschaft mit der hermeneutischen Methode des Verstehens, die dialektisch aus Vorverständnis, Begegnung und Nachverständnis besteht.

Basisstrategien für Demokratie in Kultur, Gesellschaft und Staat

Kultur geschieht und besteht als Sinnbestimmung menschlicher Gesellschaft, meist eher halb- oder unbewusst. Sie kann aber bewusst an den Anfang von demokratischen Innovationsprozessen gesetzt werden. Dazu bedarf es einer theoretischen Grundlage für Gegenwart und Zukunft wie auch in früheren Zeiten (Lessings Dramaturgie bürgerlichen Theaters, Schillers ästhetische Spieltheorie etc.). Die dafür zu schaffenden Freiräume sollten mit demokratischen Leitideen und Umgangsformen der Gesellschaft korrespondieren. Der dazu passende Rechtsstaat baut auf Gewaltenteilung, Partizipation und Kommunikation.

Die dafür notwendige Schaffung und Finanzierung dritter Orte wurde oben bereits ausgeführt.

Parallel dazu bedarf es wissenschaftlicher Aufarbeitung und politischer Recherche zu Gegnern der Demokratie, mithin auch politischer Bildung. Dazu gehört auch die Reflexion von defensiven Verfahren des Widerstands, auch in Kriegssituationen, sowohl mit Blick auf gewaltfreie als auch auf gewaltnutzende Strategien. Auch die Verteidigung der Demokratie mit der Waffe verändert deren Akteure. So sagt beispielsweise der ukrainische Schriftsteller Serhij Zhadan angesichts seiner Erfahrungen mit dem bewaffneten Widerstand gegen den russischen Angriffskrieg und dessen Kriegsverbrechen: „Diese Erfahrung ist in unserer Welt leicht zu erwerben, aber danach schwer wieder loszuwerden.“ (zitiert nach: Die Zeit vom 20.10.2022) Das zeigt sich auch im durch „Putins Krieg“ ausgelösten „Russenhass“. Zwar gibt es einen toxisch-männlichen Gewaltkult in der russischen Gesellschaft (Viktor Jerofejew), der das Putinlager prägt, aber es gab und gibt auch ein anderes Russland – nicht nur in der gegenwärtigen Opposition, sondern auch gedanklich von Puschkin und Tolstoi über Kropotkin bis Kopelew -, das gerade in Zeiten verbrecherischer Identitätsdeutungen angesprochen und gestärkt werden muss.

Gegen Machteroberungs- und Putschstrategien aus völkisch-autoritärer Denkweise sollte deren Repräsentanten/innen Einfluss auf demokratische Strukturen mit rechtsstaatlichen Mitteln verweigert werden.

Prävention und Aktion für eine demokratische Zukunft sind nicht nur durch den beschriebenen defensiven Pragmatismus zu ersetzen, denn letzterer nimmt stets durch Hass und Hetze bestimmtes Denken und Fühlen von Gegnern der Demokratie in die Ausrichtung seiner Verteidigungshaltung mit auf. Eine Offensive demokratischer Kultur muss Priorität haben und aus einem selbstbestimmten Verständnis von Menschlichkeit kommen.